

Resolution zum Krankenhausertalt

Von Arndt Hoppe

RAHDEN (WB). Ein so großes Publikum hat der Rahdener Rat selten. Die Sondersitzung zum Thema Zukunft der Mühlenkreiskliniken verfolgten am Dienstagabend etwa 150 Zuhörer. Am Ende nach gut zwei Stunden stand für manchen überraschend eine Resolution des Rates.

Bevor Bürgermeister Bert Honsel alle Anwesenden begrüßte, überreichte Dr. Wolfgang Adam dem Landrat ein Petitionsschreiben an den Landrat und die Kreistagsmitglieder.

Darin bitten die zahlreiche Rahdener Unternehmer und Geschäftsleute darum, dass das Krankenhaus Rahden noch so lange in Betrieb gehalten werden soll, bis ein mögliches neues Krankenhaus in Espelkamp in Betrieb gegangen ist. Genau diese Petition sollte im Laufe des Abends noch eine gewichtige Rolle spielen.

Doch zunächst standen Landrat Ali Dogan und Dr. Olaf Bornemeier, Vorstandsvorsitzender der Mühlenkreiskliniken, zum Thema Rede und Antwort. Dogan fasste zusammen, wie sich die Pläne zu Neubauten in den vergangenen Jahren verändert hätten. Das Zielbild für das Lübbecke Land, das nun dem Kreistag am 27. November zur Abstimmung vorgelegt werde, sehe ein neues Krankenhaus in Espelkamp mit 170 bis 200 Betten vor.

Mehr Betten für die Psychiatrie

Das Zentrum für Seelische Gesundheit (ZSG), das ebenfalls nach Espelkamp kommen solle, solle nach den neuesten Plänen nun 200 statt 160 Betten haben. Zusammen entstünden so Kosten von 172 Millionen Euro für das somatische Krankenhaus in Espelkamp mit 180 bis 200 Betten – also rund 800.000 Euro pro Bett. Für die Psychiatrie würden 63 Millionen angenommen – bei 312.000 Euro pro Bett. Zusammen seien es dann 235 Millionen Euro an Kosten für den Neubau in Espelkamp.

Bei 119 Millionen an Kosten für Bad Oeynhausen kam Landrat Dogan auf gesamt rund 355 Millionen Euro. Wenn man die Förderung von 178 Millionen Euro bekomme, bei einer Baukostenpauschale von 20 Millionen als Eigenanteil der MKK, bleibe eine Finanzierungspauschale von rund 160 Millionen Euro, die der Kreis aufbringen müsse.

Diese Finanzierungskosten würden aber laut Dogan nicht sofort zu einem entsprechenden Anstieg der Kreisumlage führen. Zunächst würden die aktuell anfallenden Kosten umgelegt, wie etwa die Planungskosten. Wenn die neuen Bauten 2030/31 in Betrieb genommen würden, werde der Rest sich auf die Kreisumlage auswirken. „Je nach dem Zins-



Dr. Wolfgang Adam übergibt Landrat Ali Dogan die Petition von Rahdener Unternehmern, die sich für den Erhalt des Krankenhauses Rahden bis zur Inbetriebnahme eines möglichen Neubaus in Espelkamp ausspricht. Am Ende war Adam überrascht, dass die Petition dem Rat als Vorlage für eine Resolution diene.

Foto: Arndt Hoppe

satz zwischen 4 und 6 Prozent würde das für die Stadt Rahden zwischen 450.000 Euro und 670.000 Euro pro Jahr ausmachen“, sagte der Landrat.

Schließung schon 2024?

Zur Frage zum Zeitpunkt der Schließung des Krankenhauses Rahden sagte Ali Dogan: „Das Verfahren sieht eine Einvernehmensherstellung mit den Krankenkassen vor.“ Diese könne im Laufe des Jahres 2024 erfolgen. „Vorher wird Rahden nicht geschlossen.“ Zudem sei man auch wegen des Einvernehmens im Gespräch mit dem Ministerium.

Bert Honsel rechnete nach, dass es demnach bis zur Eröffnung des Neubaus in Espelkamp eine „Interimsphase“ von fünf bis sechs Jahren geben könne. Er verwies auf den Krankenhaus-Plan, in dem eindeutig die Erreichbarkeit eines Krankenhauses für 90 Prozent der Bewohner in 20 Minuten gegeben sein müsse. „Dann sind etwa 17.000 Menschen ohne diese Möglichkeit.“

Ali Dogan sagte, die 20-Minuten-Regel sei eine Sonderregelung in NRW. Der Ist-Stand im Kreis ist 87 Prozent. „Wir haben die 90 Prozent nie erfüllt. Das liegt aber vor allem an Petershagen, dort sind es nur 20 Prozent.“ Der Kreis werde nicht eigenmächtig handeln, sondern es gebe eine enge Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium, sagte er und sprach von einer möglichen Aktualisierung des Krankenhausplans.

Notaufnahme erhalten?

Ratsherr Guido Peitsmeier (CDU) sagte, man sei bei der Zustimmung zu einem Neubau immer unausgesprochen davon ausgegangen, dass das Krankenhaus Rahden bis zur Inbetriebnahme am Netz bleibe. „Gibt es Überlegun-

gen, eine Notaufnahme in Rahden aufrechtzuerhalten?“, fragte er Olaf Bornemeier.

Dieser antwortete: „Nein.“ Seit 2018 dürfe die MKK in Rahden keine Zentrale Notaufnahme (ZNA) betreiben, weil das Haus die Strukturvoraussetzungen nicht erfülle. Aber Rettungswagen seien heutzutage ganz anders ausgestattet als noch vor 10 oder 15 Jahren. Für die „ZuFuß-Kommer“ sei die Kassenärztliche Vereinigung mit den Notdiensten zuständig.

Blanca Winkelmann betonte die Dringlichkeit der 178 Millionen Förderung. Sie wolle wissen, ob beim Wegfall von Rahden die Förderung gefährdet sei, weil so bereits eine Strukturveränderung vollzogen sei. Dogan entgegnete, dass der Kreis in guten Gesprächen mit dem Ministerium sei. „Wir werden keine förderschädlichen Entscheidungen treffen.“

Auf die spätere Frage von Niklas Loheide (CDU), ob es nicht gegen den Feststellungsbescheid sei, das Krankenhaus Rahden schon 2024 zu schließen, erklärte der Landrat: „Der Standort Rahden verschwindet nicht aus dem Feststellungsbescheid. Die Bettenzahl wird auf null gesetzt. Der Standort gilt weiter als Krankenhaus, die Konzentration ist nicht formell vollzogen.“ Insofern wirke sich das auch nicht auf die Förderfähigkeit aus.

Kritik an langen Wartezeiten

Sowohl Bert Honsel als auch Martin Wlecke (FDP) konfrontierten MKK-Vorstand Olaf Bornemeier mit den total überlaufenen Notaufnahmen mit langen Wartezeiten von bis zu acht und neun Stunden in Lübbecke und Minden. Dieser erklärte, ein Problem sei, dass viele Menschen in die Notaufnah-



Rahdens Bürgermeister Bert Honsel (von rechts) begrüßt Landrat Ali Dogan und MKK-Vorstandsvorsitzenden Dr. Olaf Bornemeier. Foto: Arndt Hoppe

men kämen, eigentlich in den Ambulanzen der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) besser aufgehoben seien. Er deutete an, wenn jemand acht Stunden warten könne, könne es wohl eher kein schwerer Notfall sein.

Der Situation wolle man in Minden künftig durch eine integrierte Notaufnahme Herr werden, in Abstimmung mit der KV. So werde schneller entschieden, wo die Behandlung erfolgen solle. Bei der KV oder der ZNA.

Espekkamp „bedarfsnotwendig“

Gundel Schmidt-Tschech (UFR) merkte an, dass von Planungskosten von bis zu 40 Millionen Euro die Rede sei, ohne dass die Förderung sicher sei. „Gibt es einen Plan B, wenn es die Förderung nicht gibt?“ Ali Dogan sagte darauf: „Die Planungskosten tragen dazu bei, dass wir die Förderung bekommen.“ Auch wenn es die Förderung nicht gäbe, würde gebaut, weil die Inbetriebnahme Espelkamps „bedarfsnotwendig“ sei.

Martin Wlecke merkte an, dass die Planungen bis Ende 2025 vollständig vorliegen (bis zur letzten Steckdose), um die Förderung zu erhalten. Ist das zu schaffen?, fragte er. Dogan antwortete: „Wenn wir das schaffen wollen, müssen das am 27. November beschließen. Wir müssen versuchen, es zu erreichen. Dazu gibt es keine Alternative.“

Konsolidierung mit Umsetzungsproblem

Florian Haase (FDP) sprach vom bundesweiten Problem bei der Finanzierung des Gesundheitswesens. Er wolle wissen, was getan werde, um das Defizit der MKK von 70 Millionen in den kommenden Jahren zu reduzieren. Ali Dogan sagte dazu: „Es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem.“

Derzeit seien mehr als 50 Millionen an Konsolidierungsmaßnahmen identifiziert. Das Krankenhaus Rahden betrage weniger als 10 Prozent davon. Eine Maßnahme sei, die „Koppligkeit der Verwaltung“ zu reduzieren, eine Implementierung der Führungsstrukturen. Dadurch seien Konsolidierungen in siebenstelliger Höhe möglich.

Thomas Möller (FDP) sagte, er habe das Gefühl, dass Olaf Bornemeier bereits seit 2018 alles daran setze, das Krankenhaus Rahden zu schließen. Dagegen wehrte sich der Angesprochene. In Rahden seien die Besucherzahlen sukzessive zurückgegangen. Und der Gesetzgeber gebe Vorgaben bezüglich der Strukturmerkmale.

Christian Krüger sagte, dass das Krankenhaus Rahden nur ein sehr kleiner Bestandteil der Konsolidierung darstelle. Schauen sie noch einmal genau hin. Sie dürfen die Bürgerinnen und Bürger im Nordkreis nicht hängen lassen.

Petition wird zu Resolution

Nach fast zwei Stunden Sitzung – zu diesem Zeitpunkt waren Dogan und Bornemeier schon auf dem Weg zum nächsten Termin – machte Bürgermeister Honsel den Vorschlag, dass der Rat eine Resolution verabschieden könne. Den Wortlaut könne man von der Petition übernehmen, die Wolfgang Adam zu Beginn dem Landrat übergeben hatte. Der Inhalt sei ihm und einem Kreis von Ratsvertretern am Freitag von Adam vorgestellt worden. Kern der Petition ist die Bitte an den Landrat und die Kreistagsmitglieder, das Krankenhaus Rahden so lange in Betrieb zu behalten, bis der Neubau in Espelkamp in Betrieb gehe. Der Rat stimmte der Resolution als politischer Willensbekundung bei zwei Enthaltungen zu.



Landrat Ali Dogan und Olaf Bornemeier, Vorstandsvorsitzender der Mühlenkreiskliniken, haben in der Sondersitzung des Rahdener Rates Rede und Antwort zur Zukunft der MKK gestanden. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger verfolgten interessiert die öffentliche Sitzung in der Aula des Gymnasiums.

Foto: Arndt Hoppe